



Telefax!

Amt der Tiroler Landesregierung

Präs.Abt. II - 66/328

An das
Bundesministerium für
Unterricht und Kunst

Minoritenplatz 5
1014 Wien

A-6010 Innsbruck, am 24. Mai 1991

Tel.: 0512/508, Durchwahl Klappe 153

Sachbearbeiter: Dr. Wolf

Bitte in der Antwort die
Geschäftszahl dieses
Schreibens anführen.

18/SN - 36/ME *Beuren*

Betrifft GESETZENTWURF	
Zl. 36	-GE/19 <i>PI</i>
Datum:	5. JUNI 1991
Verteilt	07. Juni 1991 <i>flg</i>

Betreff: Entwurf einer 13. Schulorganisationsgesetz-Novelle;
Stellungnahme

Zu GZ 12.690/5-III/2/91 vom 22. April 1991

Zum übersandten Entwurf einer 13. Schulorganisationsgesetz-
Novelle wird folgende Stellungnahme abgegeben:

Zu Art. I Z. 2 (§ 7 Abs. 5):

Hier sollte vor der Wendung "zwei Drittel(n)" jeweils das Wort
"mindestens" eingefügt werden.

Zu Art. I Z. 3 (§ 131a Abs. 5 und 6):

Die Erhöhung der Zahl der Schulversuche nach § 131a wird einer-
seits mehr Planstellen beanspruchen, zugleich aber auf Grund

- 2 -

der derzeit geltenden Berechnungsformel für den Stellenplan der Sonderschulen die Zahl der Planstellen deshalb wesentlich vermindern, weil weniger Sonderschüler zu berücksichtigen sein werden. Die Erhöhung des Prozentsatzes macht daher jedenfalls die Änderung der Stellenplanrichtlinien für Sonderschulen erforderlich.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden unter einem der Parlamentsdirektion zugeleitet.

Für die Landesregierung:

Landesamtsdirektor

Abschriftlich

An alle Ämter der Landesregierungen

gesondert an die Verbindungsstelle der Bundesländer
beim Amt der Niederösterr. Landesregierung, Wien

an das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst, Wien

an das Präsidium des Nationalrates, Wien, 25 Ausf.

an alle National- und Bundesräte in Tirol

zur gefälligen Kenntnisnahme.

Für die Landesregierung:

Dr. G s t r e i n

Landesamtsdirektor

F.d.R.d.A.:



